

# Infos zu Straßenbaubeiträgen

FDP Burgdorf lädt zu Diskussionsveranstaltung ein /  
Stadt informiert am 15. Januar

**BURGDORF (fh).** Die FDP Burgdorf lädt zu einem Diskussionsabend über die Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs) ein. Er beginnt am Dienstag, 18. Dezember, um 19 Uhr in der Schützenkate, Riethornweg 25, in Sorgensen. „Nachdem sich die Große Koalition auf Landesebene nicht dazu durchringen konnte, fordern wir in Burgdorf die Abschaffung auf kommunaler Ebene“, sagt Thomas Dreeskornfeld, der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion.

Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion im Juli bei der Verwaltung eingereicht. „Nun möchten wir die Burgdorfer Bevölkerung in mehreren Schritten über unser Ansinnen informieren und ins Gespräch mit den Bürgerinnen und Bür-

ger kommen“, so Dreeskornfeld. Der Stadt wirft er mangelnde Information und Bürgerbeteiligung vor.

Die Stadt will ihrerseits zu einem Informationsabend einladen: Am Dienstag, 15. Januar, soll ab 18 Uhr der Rechtsanwalt J. Christian von Waldthausen von der Burgwedeler Kanzlei Versteyl und Partner über unterschiedliche Möglichkeiten informieren, wie die Stadt die Mittel für Straßensanierungen generieren könnte.

Der Hintergrund: Zur Finanzierung von Straßensanierungen erhebt die Stadt Burgdorf Beiträge von den Eigentümern angrenzender Grundstücke. Bei Anliegerstraßen tragen sie bis zu 75 Prozent der Kosten, bei Hauptverkehrsstraßen deutlich weniger. Kri-

tiker bringen vor, dass das für viele eine unzumutbare Belastung sei. In Hannover hat die Ratsmehrheit kürzlich die Abschaffung der Strabs beschlossen.

Allerdings müssen Kommunen in diesem Fall nach einem Weg suchen, wie sie die fehlenden Mittel ausgleichen können. Im Gespräch sind beispielsweise eine Erhöhung der Grundsteuer oder die Erhebung wiederkehrende Beiträge. Einer Mitteilungsvorlage der Stadt zufolge würden in Burgdorf bei Abschaffung der Strabs jährlich Beitragseinnahmen in Höhe von 300.000 bis 350.000 Euro entfallen. Das erfordere „mit dem Blick auf den seit Jahren defizitären Haushalt eine Refinanzierung der Einnahmeausfälle“, heißt es dort.